

PRESSEMITTEILUNG

Filmwirtschaft warnt vor Filmentwertung in Mediatheken

SPIO-Mitgliederversammlung steht geschlossen zum Erhalt eines rentablen Online-Markts für Kinofilme

Berlin, 5. Dezember 2016

Wenn Kinofilme in Deutschland und Europa nicht mehr angemessen verwertet werden können, können sie auf Dauer auch nicht mehr entstehen. Dabei wird ein funktionsorientierter und rentabler Online-Markt in Zukunft immer wichtiger. Um genau diese Zukunft macht sich die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) aktuell große Sorgen.

Auf ihrer Mitgliederversammlung am 1. Dezember in Berlin haben sich daher alle SPIO-Verbände in einem spartenübergreifenden Schulterchluss für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Expansion der Online-Mediatheken von öffentlich-rechtlichen Sendern ausgesprochen. „Insbesondere diejenigen Filme, die nicht vollständig von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bezahlt werden, müssen die Chance haben, sich über eine kommerzielle digitale Auswertung überhaupt finanzieren zu können“, sagt Alfred Holighaus, Präsident der SPIO. „Das ist aber nicht möglich, wenn diese Filme - wie nun geplant - in den Mediatheken von ARD und ZDF ständig verfügbar sind. Auf dem Spiel steht ein zukunftsfähiger Onlinemarkt für Kinofilme, und mit ihm nichts weniger als die Zukunft des Filmstandorts Deutschland.“

Hintergrund der Initiative sind aktuelle Bestrebungen der Rundfunkkommission der Bundesländer, den Telemedienauftrag im Rundfunkstaatsvertrag auszuweiten. Danach sollen künftig die Onlineangebote der öffentlich-rechtlichen Sender wie Mediatheken und Live-Streams zeitlich unbeschränkt zur Verfügung gestellt, europaweit zugänglich gemacht und auf Plattformen von Drittanbietern wie Youtube und Facebook angeboten werden können. Flankiert werden diese nationalen Bestrebungen von einem Gesetzgebungsvorschlag der Europäischen Kommission, wonach für sogenannte ergänzende Onlinedienste von Rundfunkveranstaltern das Ursprungslandprinzip eingeführt werden soll, so dass sie mit einer nur auf Deutschland bezogenen Lizenz ihre Dienste europaweit zugänglich machen können. Damit wird das Territorialitätsprinzip für diese Dienste faktisch abgeschafft.

„Schon jeder dieser Vorstöße für sich ist ein Affront für Produzenten, Verleiher, Weltvertriebe, Kinobetreiber, Videoprogrammanbieter, filmtechnischen Dienstleister, Urheber und ausübende Künstler. Sie sollen noch mehr Auswertungsrechte abgeben, ohne dafür eine adäquate Vergütung erhalten zu können“, so Holighaus. „Zusammen genommen stellen diese Gesetzesvorschläge das gesamte Finanzierungskonzept der

Geschäftsstelle

Murnastraße 6
65189 Wiesbaden

Fon 0611·778 91·0

Fax 0611·778 91·79

spio@spio-fsk.de

www.spio.de

Büro Berlin

Oranienburger Straße 17
10178 Berlin

Fon 030· 257 944 · 50

Fax 030· 257 944 · 51

spio-berlin@spio.de

Präsident

Alfred Holighaus

Geschäftsführung

Christiane von Wahlert

Helmut Poßmann

AG Wiesbaden VR 1459

deutschen Filmwirtschaft und damit die deutsche Filmkultur grundsätzlich in Frage – das kann nicht Wille der Kulturnation Deutschland sein. Das Resultat wäre ein enormer Rückgang an einheimischen, unabhängigen Filmproduktionen, der sich auch in einem auf eintönigere Inhalte reduzierten Angebot für Verbraucher widerspiegelt.“ Die Filmwirtschaft trete den geplanten Gesetzesänderungen deshalb mit einem breit aufgestellten Bündnis geschlossen entgegen.

Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO) vertritt die Interessen der deutschen Film- und Videowirtschaft in den Sparten Filmproduktion, Filmverleih, Filmtheater und Audiovisuelle Medien. Als Dachverband von 18 Berufsverbänden repräsentiert sie mehr als 1.100 Mitgliedsfirmen. Ziel der SPIO ist es, den deutschen Film in seiner Vielfalt, Qualität und internationalen Wahrnehmung zu stärken und seine Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschafts- und Kulturgut zu sichern. www.spio.de

Kontakt für Presseanfragen

Horst Martin

Pressebüro Martin

Telefon: 0163/5109765, E-Mail: horst.martin@pressebueromartin.de